



Die SPD als fortschrittlichste politische Kraft im 20. und 21. Jahrhundert

Festrede zum 100-jährigen Jubiläum der SPD-Ortsvereine Pivitsheide

Am 9. Mai 2009 in Pivitsheide

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

herzlichen Glückwunsch zum 100-jährigen Bestehen Eurer Ortsvereine! 100 Jahre - ein stolzes Alter und eine Zeitspanne, die eine bewegte Geschichte unseres Landes und unserer Partei umfasst.

Ich möchte einige Schlaglichter auf diese Geschichte werfen.

Anfang 20. Jahrhundert

Im Jahr 1909, als der Ortsverein Pivitsheide gegründet wurde, gehörten die Sozialdemokraten in der reichsdeutschen Klassengesellschaft noch zu einer diskriminierten Minderheit. Kaiser Wilhelm II. schrieb 1907 in einem Brief an den Reichskanzler von Bülow:

„Erst die Sozialisten abschießen, köpfen, unschädlich machen, wenn nötig per Blutbad, und dann Krieg nach außen.“

Nun war zwar der Kaiser nicht das Sprachrohr der deutschen Bevölkerung, aber seine blutrünstigen Vernichtungsphantasien zeigen, wie sehr Sozialdemokraten von der Obrigkeit als Feind betrachtet wurden.

Vor diesem Hintergrund kann man sich gut vorstellen, welchen Mut es damals erforderte, sich zu sozialdemokratischen Werten zu bekennen.

Die Gründungen sozialdemokratischer Ortsvereine um die Jahrhundertwende waren begleitet von Bspitzelung und Überwachung durch die Polizei. Dennoch fanden sich im ganzen Land zahlreiche Unerschrockene zusammen, die trotz der widrigen Umstände für sozialdemokratische Werte eintreten wollten – so auch in Pivitsheide.

Zu den Gründungsmitgliedern des Ortsvereins Pivitsheide gehörte auch eine Frau: Luise Rinsche, die später (Anfang 30er Jahre) für die SPD im Landtag saß. Das ist aus heutiger Sicht nicht erstaunlich – für die damalige Zeit aber war es außergewöhnlich.

Es zeigt, dass die SPD bereits im feudalistisch geprägten Kaiserreich zu den fortschrittlichsten politischen Kräften gehörte.

Auf ihrem Leipziger Parteitag 1909 – im Gründungsjahr des Ortsvereins Pivitsheide – forderten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht nur eine Kranken- und Unfallversicherung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern legten auch fest, dass Frauen in den Vorständen der Parteigliederungen repräsentiert sein müssen. Das war wohlgerne im Jahr 1909 – das allgemeine Frauenwahlrecht wurde erst 1918 eingeführt!

1. Weltkrieg

1914 wurde die SPD mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor eine Zerreißprobe gestellt. Die SPD entschied sich schließlich, die Reichsregierung mit Bewilligung der Kriegskredite zu unterstützen.

Die Genossinnen und Genossen, die diesen so genannten "Burgfrieden" nicht mittragen wollten, gründeten zunächst den Spartakusbund und 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), die sich in der Weimarer Republik in SPD- und KPD-Anhänger aufspaltete.

Weimarer Republik

Am Kriegsende herrschte 1918 in Deutschland eine revolutionäre Aufbruchstimmung, auch in Lippe. An der Spitze der Bewegung stand die SPD.

1918, am 9. November, rief Philipp Scheidemann die Republik aus, zwei Tage später hissten die Detmolder über ihrem Schloss die rote Fahne und verkündeten den Sieg der Revolution. Fürst Leopold IV. musste abdanken und der Sozialdemokrat Clemens Becker – ein Vorfahre des Sozialdemokraten Dirk Becker??? - übernahm die Führung des Volks- und Soldatenrates für Lippe.

Anfang des Jahres 1919 wurde ein Landtag nach demokratischen Regeln gewählt, der eine neue Landesregierung bestimmte: und zwar das aus 3 Männern bestehende Landespräsidium. Sein führender Kopf war der Sozialdemokrat Heinrich Drake.

Die Aufbruchstimmung zu Beginn der Weimarer Republik spiegelt sich deutlich in einem der bekanntesten und beliebtesten Demonstrationenlieder der deutschen Arbeiterbewegung wider, das uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen nur allzu vertraut ist:

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit,
Brüder, zum Lichte empor!
Hell aus dem dunklen Vergang'nen
Leuchtet die Zukunft hervor!

Aufbruch aus der Dunkelheit zum Licht – diese Symbolik machte die Anfangszeile des Lieds zu einem beliebten Zitat in Aufsätzen, auf Spruchbändern oder – grafisch übersetzt – in Kunstwerken (wie z.B. von Heinrich Zille).

Damals war jedoch niemandem klar, dass bald noch viel dunklere Zeiten kommen sollten.

Nationalsozialismus

Am 26. November 1932 fand die vorläufig letzte Sitzung des Ortsvereins Pivitsheide statt, ohne dass die Genossinnen und Genossen sich dessen bewusst gewesen wären.

Der Landtagswahlkampf im Januar 1933 war geprägt vom Terror der SA-Truppen, die die Nationalsozialisten extra aus dem Rheinland herbeigekarrt hatten. Die NPD wurde mit 9 Sitzen stärkste Fraktion im lippischen Landtag, die SPD errang 7 Sitze.

Kaum sechs Wochen später, im Vorfeld der Reichstagswahlen, wurde die SPD in Lippe verboten.

Alle sozialdemokratischen Mandatsträger wurden aus dem Landtag und den Gemeindevertretungen ausgeschlossen, das Vermögen der Partei beschlagnahmt und jegliche Tätigkeit im Interesse der Partei verboten.

Nach den Reichstagswahlen im März 1933 war es der Sozialdemokrat Otto Wels, der als einziger Abgeordneter im Reichstag seine Stimme gegen das so genannte „Ermächtigungsgesetz“ der Nationalsozialisten erhob. An seinen Mut werden wir Bundestagsabge-

ordneten jedes Mal erinnert, wenn wir unseren Fraktionssaal im Reichstagsgebäude betreten. Er ist nämlich nach diesem aufrechten sozialdemokratischen Parlamentarier benannt.

12 Jahre dauerte die Schreckensherrschaft der NSDAP die Auswirkungen waren auch in Lippe spürbar: die Verfolgung der politischen Gegner, die Gleichschaltung, der Antisemitismus begleitet von wirtschaftlichem Boykott und rechtlicher und gesellschaftlicher Ausgrenzung, die Zerstörung der Detmolder Synagoge im November 1938, Ausplünderung, Zwangsauswanderung, Deportation und Mord.

Erst im April 1945 konnten die Verfolgten, die den Krieg und die Naziherrschaft in Lippe überlebt hatten, wieder aufatmen.

Am 4. April 1945 rollten amerikanische Panzertruppen durch Pivitsheide. Bereits eine Woche später war der gebürtige Pivitsheider Sozialdemokrat Wilhelm Mellies Landrat.

Nachkriegsjahre

Die Nachkriegsjahre waren natürlich überall schwierig und mit vielen Entbehnungen verbunden. Es gab weder im politischen, noch im wirtschaftlichen Bereich Strukturen, auf denen man aufbauen konnte, die Infrastruktur war weitgehend zerstört.

Viele Funktionsträger waren politisch erheblich vorbelastet und der Umgang zwischen ehemaligen Nazis und ehemaligen Verfolgten erschwerte die gesellschaftliche Entwicklung erheblich.

Auch in Lippe musste die Militärregierung Menschen finden, die einerseits unbelastet waren, andererseits Verantwortung übernehmen wollten. Viele davon fanden sich in den Reihen der Sozialdemokraten, wie z.B. Wilhelm Mellies oder die Pivitsheider Bürgermeister Fritz Schling und August Lappenbusch.

Trotz der harten Zeiten mahnte der damalige Landespräsident Heinrich Drake in einem öffentlichen Aufruf: „Steht nicht umher und bekakelt die Lage! Sie wird dadurch nur schlechter. Arbeitet! (...) Pflanzt Kartoffeln! Baut Gemüse! Pfllegt die Obstbäume!“

Und das taten die Lipper! Die Mitglieder der SPD-Ortsvereine Pivitsheide (seit 1948 V.L und V.H) haben maßgeblich dazu beigetragen, dass nach dem Krieg eine moderne Infrastruktur aufgebaut wurde, mit der die Versorgung der Menschen sichergestellt werden konnte (z.B. durch den Bau einer zentralen Wasserversorgung).

50er Jahre Wirtschaftswunder

Insgesamt entwickelte sich die Wirtschaft der jungen Bundesrepublik seit den 50er Jahren erstaunlich gut und das sogenannte Wirtschaftswunder begann. Das Wirtschaftswachstum war von 1950-1960 mit durchschnittlichen 8,2 Prozent sehr hoch, als Folge stiegen die Einkommen und die Arbeitslosigkeit ging zurück.

Beinahe zwei Jahrzehnte hielt der Wirtschaftsboom in Deutschland an. Zwar gab es 1966/1967 eine Rezession, doch den beiden Stars der ersten Großen Koalition, „Plisch und Plum“, wie der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Karl Schiller und Finanzminister Franz Josef Strauß von der CSU aufgrund ihrer engen Zusammenarbeit genannt wurden, gelang es, diese Krise zu meistern.

Dabei mischte der gebürtige Pivitsheider Wilhelm Mellies ganz oben mit. Er war nicht nur 1948/49 Mitglied des deutschen Wirtschaftsrates, sondern von Beginn an auch Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 1952 stellvertretender Vorsitzender der SPD.

60er/70er Jahre

1959 verabschiedete die SPD nach einem längeren kontroversen Diskussionsprozess das Godesberger Grundsatzprogramm und wurde damit endgültig zur großen Volkspartei. Sie gewann breite Wählerschichten hinzu, nicht zuletzt aus kirchlich gebundenen Kreisen.

Willy Brandt und Herbert Wehner führten die Partei in die Regierungsverantwortung - zunächst ab 1966 im Rahmen einer großen Koalition mit der CDU, ab 1969 in einer sozial-liberalen Koalition mit der FDP.

Ende der 60er Jahre begann mit den Studentenprotesten eine Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und es wurden Forderungen nach grundlegenden Reformen laut.

Vom Bildungswesen über die Betriebsverfassung, das Strafgesetzbuch, das Ehe- und Familienrecht bis zur Außenpolitik – überall wurde nun Erneuerungsbedarf angemeldet.

Die Zeit war reif für den Aufbruch aus konservativer Erstarrung und für Reformen und neue Wege der Friedenssicherung und Entspannung.

Im Jahre 1967 erregte ein Pressefoto Aufsehen in der gesamten Bundesrepublik. Es zeigte Professoren der Universität Hamburg bei einer akademischen Feier, darunter offenbar der Rektor mit Amtskette und sonstigem Ornat. Zwei Studierende des Sozialdemokratischen Hochschulbundes hatten sich plötzlich vor den Würdenträgern platziert und zeigten ein Transparent mit der Aufschrift „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“.

Mit dieser Provokation kritisierten die Studierenden nicht nur die Professoren, die trotz Nazi-Vergangenheit noch im Amt waren, sondern auch die undemokratischen, elitären Verhältnisse an den Universitäten.

Tatsächlich war seit einigen Jahren schon offenkundig, dass die Hochschulen ihren Aufgaben nicht gewachsen waren. Der Ruf nach der Ausbildung breiter Schichten und nicht nur einer kleinen Spitze wurde immer lauter.

Eine der wichtigsten sozialdemokratischen Forderungen an die Bildungsreform in den 70er Jahren lautete: Herstellung von Chancengleichheit für alle. Es zählt zu den großen Verdiensten Willy Brandts, diese Forderungen aufgegriffen und entsprechende Bildungsreformen durchgesetzt zu haben. Das Ziel – Chancengleichheit in der Bildung – ist ein Ziel, für das wir auch heute noch kämpfen.

1974 übergab Willy Brandt nach der Enttarnung eines DDR-Spions im Kanzleramt das Amt des Bundeskanzlers an Helmut Schmidt. Unter sozialdemokratischer Führung wurde in den 1970er Jahren die Herausforderung des Terrorismus der Rote-Armee-Fraktion überwunden, und es gelang der sozial-liberalen Regierung, die Folgen der Ölkrisen und andere weltwirtschaftliche Turbulenzen zu meistern.

80er/90er Jahre

1982 schließlich verließ die FDP die sozialliberale Koalition und wechselte nahtlos zur Union über. Dieser Schwenk der FDP, den ich als prinzipienlos empfunden habe, hat mich

damals unglaublich empört und schließlich für mich den Ausschlag gegeben, in die Partei, die ich immer schon gewählt hatte, einzutreten und damit meine Unterstützung deutlich zu machen.

Für die Sozialdemokraten im Bund folgten 16 Jahre Opposition unter Helmut Kohl.

Wiedervereinigung

Im November 1989 fiel die Mauer und ein Jahr später fand die Wiedervereinigung statt. Die Freude über dieses Ereignis war berechtigterweise so groß, dass die wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung zunächst wenig Berücksichtigung fanden.

Helmut Kohl finanzierte die Wiedervereinigung praktisch über die Sozialkassen. Das war ein folgenschwerer Fehler. Etwa vier Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts fließen auch heute noch jährlich zur Unterstützung in die neuen Länder. (Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit dort weiterhin höher als im übrigen Teil der Bundesrepublik. Schätzungen zufolge kostete die Einheit bis zum Jahr 2005 ungefähr 1500 Milliarden Euro, die im Wesentlichen von der Volkswirtschaft der alten Länder aufgebracht wurden.)

Das ist eine enorme Leistung, die in der Form kein anderes Land der Welt leistet, aber kein Grund, die Solidarität mit den neuen Bundesländern aufzukündigen, wie es kürzlich einige (Unions-)Politiker gefordert haben.

Rot-Grün

Aber zurück zur Sozialdemokratie. 1998 schlägt in der großen Politik wieder die Stunde eines (gebürtigen) Lippers: Gerd Schröder wird Bundeskanzler und führt das Land mit einer rot-grünen Bundesregierung ins 21. Jahrhundert.

Dabei waren riesige Herausforderungen zu bewältigen, die die SPD mitunter auch vor Zerreißproben stellte. Zerrütteter Staatshaushalt, leere Sozialkassen, internationale Konflikte im Kosovo, in Afghanistan, im Irak.

Die SPD hat diese Herausforderungen mutig angepackt und verkrustete Strukturen aufgebrochen, auch wenn das nicht immer populär war. Sie hat andererseits mit dem klaren Nein zum Irak-Krieg eine Entscheidung getroffen, für die die Menschen heute dankbarer sind denn je.

Ich muss bei diesem Thema immer daran denken, wie Angela Merkel damals als Oppositionsführerin bei George Bush der amtierenden Bundesregierung in den Rücken gefallen ist – ein beispielloser Vorgang!

Wir können von Glück sagen, dass sie damals die Geschicke der Bundesrepublik nicht gestaltete – Deutschland wäre aller Wahrscheinlichkeit in den Irakkrieg mit hereingezogen worden!

Wirtschafts- und Finanzmarktkrise

Seit 2008 stehen wir nun vor einer weiteren, riesigen Herausforderung. Die Finanzmarktkrise und die daraus resultierende Wirtschaftskrise ist eine Herkulesaufgabe, für die wir alle uns zur Verfügung stehenden Kräfte mobilisieren müssen.

Diese Krise trifft nicht nur Deutschland, sie hat globale Ausmaße. Als große Exportnation trifft sie uns aber besonders hart, und sie hat uns vor Augen geführt, wie stark wir abhängig sind von Entwicklungen, die außerhalb unseres Landes stattfinden. Wenn die globalen Ab-

satzmärkte einbrechen, dann geraten auch bei uns in Deutschland Unternehmen und mit ihnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Druck.

Die Bundesregierung hat auf die Krise zügig und entschlossen reagiert. Wir dämpfen die Folgen mit zwei umfangreichen Konjunkturpaketen – übrigens maßgeblich konzipiert von Frank-Walter Steinmeier.

Über das Konjunkturpaket II erhalten die Kommunen z.B. Geld für Investitionen in Bildung und Infrastruktur - die Stadt Detmold z.B. bekommt allein 7,8 Mio Euro. Damit unterstützen wir die Wirtschaft, sorgen für den Erhalt von Arbeitsplätzen und schaffen langfristig dringend benötigte Strukturverbesserungen.

Aber wir müssen auch an die Mechanismen ran, die die Krise verursacht haben.

Und auch da hat Frank-Walter Steinmeier bereits gemeinsam mit Peer Steinbrück den Weg vorgezeichnet, mit einem Grundsatzpapier im Februar.

Die Neu-Regulierung der Finanzmärkte ist nicht nur eine ökonomische Notwendigkeit. Sie ist auch essentiell für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Das Gerechtigkeitsempfinden und die Legitimation der Sozialen Marktwirtschaft werden empfindlich verletzt, wenn diejenigen, die maßgeblich für die Krise verantwortlich sind, nicht auch die Lasten mittragen.

Wenn Banken trotz enormer Verluste noch hohe Boni an ihre Manager ausschütten, ist das ein Skandal.

Wenn Bonussysteme Anreize schaffen, nur den Aktienkurs im Blick zu halten und ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze und langfristigen Unternehmenserfolg die Rendite zu erhöhen, dann gehören diese Systeme abgeschafft.

Eines hat die Krise bereits bewirkt: Das Hohelied der Deregulierung wird zur Zeit nicht mehr gesungen.

Wir müssen jetzt die Chance für einen Neuanfang nutzen. Das Verhältnis von Markt und Staat muss neu justiert werden. Unsere Positionen dazu sind klar. Wir haben sie auch in unserem Regierungsprogramm festgeschrieben.

Es ist ein Programm, das unterstreicht: Es sind sozialdemokratische Ideen, die uns in die Zukunft führen.

An der Spitze stehen wird dabei ein Mann, der der nächste Kanzler werden soll, und das ist – niemanden hier wird es erstaunen – wiederum ein Lipper.

Beim Blick auf die Geschichte der Sozialdemokratie wird also überdeutlich: Ohne die Lipper würde der SPD etwas fehlen.

Das betrifft natürlich auch Euch, liebe Genossinnen und Genossen aus Pivitsheide. Ich habe keine Zweifel daran, dass ihr die Geschicke der Sozialdemokratie auch in Zukunft mit gestaltet und mit bestimmt.

Ich wünsche Euch und Euren Vorsitzenden Corinna Peter-Werner und Andreas Kuhlmann viel Erfolg für die weitere politische Arbeit – nicht zuletzt bei den anstehenden Wahlen in diesem Jahr, aber natürlich auch darüber hinaus.

Franz Müntefering hat einmal gesagt: „Kommunalpolitik ist nicht das Kellergeschoss der Demokratie, sondern ihr Fundament.“

Deshalb ist eine starke Sozialdemokratie in Pivitsheide wichtig für eine starke Sozialdemokratie in Deutschland und eine starke Sozialdemokratie in Europa.

Glück auf!